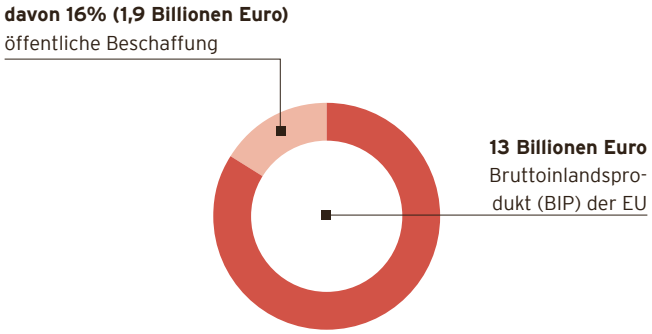
TTIP und CETA: Faktenblatt 3

# TTIP: WELCHE GEFAHR DROHT DEN KOMMUNEN?

## Städte und Gemeinden im Fokus von TTIP und CETA

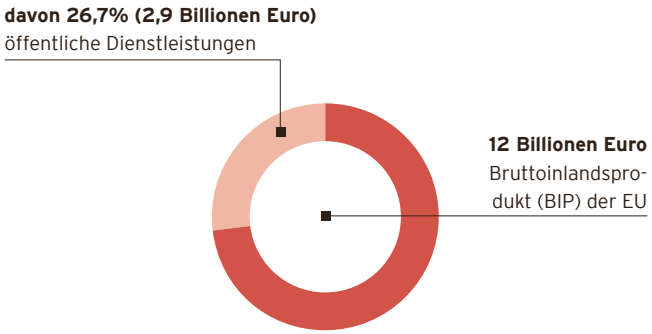
Städte, Landkreise und Gemeinden treffen viele Entscheidungen, die im Alltag eine große Rolle spielen. Sie sind für die flächendeckende Versorgung mit Wasser und Energie, mit Gesundheitsdienstleistungen und Bildungsangeboten verantwortlich. Manche dieser Aufgaben übernehmen sie selbst, andere haben sie an öffentliche oder private Unternehmen vergeben. Diese öffentlichen Dienstleistungen sind ein hochlukrativer Markt, zu dem Privatunternehmen gerne leichter Zugang hätten.

**Anteil der öffentlichen Beschaffung am Bruttoinlandsprodukt der EU**




Stand: 2010. Quelle: Deutsches Bundesamt für Statistik und http://ec.europa.eu/trade/policy/accessing-markets/public-procurement

**Anteil der öffentlichen Dienstleistungen am Bruttoinlandsprodukt der EU**




Stand: 2010. Quelle: European Centre of Employers and Enterprises providing Public Services (CEER e.V.), „Mapping evolutions in Public Services in Europe"

**Mehr Demokratie ist eine überparteiliche Bürgeraktion.**
Wir verstehen uns als Bewegung für die direkte Demokratie. Unsere Kernforderung: der bundesweite Volksentscheid! Darüber hinaus engagieren wir uns für ein demokratisches Europa, das von den Bürger/innen und nicht von Eliten getragen wird.

**Warum setzen wir uns gegen TTIP und CETA ein?**
Die Freihandelsabkommen TTIP (mit den USA) und CETA (mit Kanada) bergen große Gefahren für die Demokratie:

- Investor-Staats-Schiedsverfahren unterwandern den Rechtsstaat und erschweren Gesetzgebung zum Schutz von Umwelt, Gesundheit, Arbeitnehmerrechten und Kultur.
- Regulatorische Kooperation, eine Art Frühwarnsystem für Lobbyisten, hebelt die Gewaltenteilung und die Entscheidungsfreiheit der Parlamente aus.
- Die kommunale Selbstverwaltung wird eingeschränkt.

Zu jedem dieser Themen hat Mehr Demokratie ein Faltblatt herausgegeben. Sie können diese unter www.mehr-demokratie.de/stopttip.html herunterladen oder direkt bei uns bestellen.

**Volksentscheid über TTIP und CETA!**
Seit 2014 kämpft Mehr Demokratie gemeinsam mit verschiedenen Bündnissen und Organisationen dafür, beide Abkommen zu verhindern. Wir sammeln Unterschriften, organisieren Aktionen und Demos, wenden uns an Politiker/innen. Falls das alles nicht reicht, müssen wir, die Bürger/innen, TTIP und CETA selbst stoppen: mit einem bundesweiten Volksentscheid!

Mehr dazu finden Sie unter www.volksentscheid.de. Wollen Sie mithelfen? Schicken Sie uns eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Vielen Dank!

**Mehr Demokratie e.V.**
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92
**info@mehr-demokratie.de**
**mehr-demokratie.de**

**Spendenkonto**
IBAN: DE14 7002 0500 0008 8581 05
BIC BFSWDE33MUE
Bank für Sozialwirtschaft München

Redaktion: Sarah Händel, Neelke Wagner. Gestaltung und Illustrationen: Susanne Appelhanz. 2., überarbeitete Auflage April 2016

## Was haben CETA und TTIP mit den Kommunen zu tun?

Welche Aufgaben die Kommunen – Städte, Gemeinden und Landkreise – übernehmen und wie sie diese erfüllen, sollte demokratisch entschieden werden. Gemeinwohlaspekte wie kommunale Daseinsvorsorge, Naturschutz oder Arbeitsschutz sollten Vorrang vor Wettbewerbsregeln haben. TTIP und CETA folgen einer anderen Logik. Ungehinderter Marktzugang für Unternehmen aus den Vertragsstaaten und umfassender Schutz ihrer Investoreninteressen: So lauten die Leitmotive der Verhandlungen. Diese Leitlinien können die Selbstverwaltung der Kommunen gravierend einschränken. Die folgenden Thesen zeigen, warum wir uns Sorgen machen und wo die Gefahren liegen.

### 1. Konzerne klagen gegen kommunale Interessen

Der Investitionsschutz sichert kanadischen (CETA) oder US-amerikanischen (TTIP) Investoren ein Recht auf „faire und billige Behandlung“ zu. Sieht sich ein Investor in seinen Rechten verletzt, kann er ein Schiedsgericht anrufen und von dem Staat, in dem er investiert, Schadensersatz verlangen (siehe Faktenblatt Nr. 1: ISDS).

Das betrifft die Landkreise, Städte und Gemeinden auf zweierlei Weise. Zum einen schrumpfen die Chancen von Bürger/innen und Gemeinden, ihre Interessen auf Landes- oder Bundesebene durchzusetzen. Beispiel Fracking: Der Bund und Niedersachsen haben es erlaubt, erste Probebohrungen sind erfolgt. Weil es Trinkwasserschutzgebiete in mehreren Landkreisen gefährdet, fordern lokale Bürgerinitiativen, das Fracking zu beenden. Sollte der niedersächsische Landtag diesem Anliegen entsprechen, kann das teuer werden. Denn falls dort eine US-amerikanische oder kanadische Firma aktiv ist, könnte diese ein ISDS-Schiedsgericht anrufen und Schadensersatz verlangen.

Zum anderen kann der Investor den Vertragspartnerstaat – zum Beispiel Deutschland – auch dann verklagen, wenn der die fragliche Regulierung gar nicht direkt verantwortet, weil sie auf Landes- oder Kommunalebene beschlossen wurde. Beispielsweise hat Vattenfall die Bundesrepublik Deutschland vor ein ISDS-Tribunal gezogen, weil Hamburger Behörden das Kohlekraftwerk Moorburg nur mit strengen Umweltauflagen genehmigten.

### 2. Liberalisierung als Einbahnstraße

Um die Märkte möglichst weitgehend zu öffnen und offen zu halten, setzen CETA und TTIP unter anderem so genannte Stillstands-Klauseln ein. Diese schreiben den aktuellen Stand der Marktöffnung fest: Mehr Liberalisierung geht immer, weniger ist nicht erlaubt. Bereiche, die einmal geöffnet wurden, können dem Wettbewerb nicht wieder entzogen werden. Will zum Beispiel eine Kommune die Stromversorgung wieder in die eigenen hände nehmen, muss sie sich wie alle anderen Marktteilnehmer auf ihre eigene Ausschreibung bewerben.

Die EU-Kommission behauptet, die öffentliche Daseinsvorsorge bleibe von den strengen Marktöffnungsregeln der Abkommen verschont. Tatsächlich gibt es Sonderregeln für einzelne Bereiche, in CETA zum Beispiel für die deutsche Abfallwirtschaft. Solche Ausnahmen verstecken sich auf verschiedenen Listen in verschiedenen Anhängen, die für Laien kaum zu durchschauen sind, und sie gelten nur für bestimmte Teile des Abkommens. Ein solches Vorgehen schafft Rechtsunsicherheit für die Kommunen, die sich künftig mit diesem Dschungel unterschiedlicher Vorschriften beschäftigen müssen – wofür gerade kleinen Gemeinden Ressourcen und Know-How fehlen.

Außerdem: Was in keiner Liste auftaucht, fällt automatisch voll unter die Marktöffnungsregeln der Abkommen – auch Dienstleistungen, die erst in Zukunft entwickelt oder liberalisiert werden. Dieser sogenannte Negativlisten-Ansatz verpflichtet die Vertragsparteien, alle Bereiche, die nicht auf der Liste stehen, zu liberalisieren. Auf diesem Wege könnte etwa die Privatisierung der Wasserversorgung, um die es in der EU viel Wirbel gab und die die meisten Menschen nicht wollen, mit TTIP durch die Hintertür kommen.

### 3. Vergaberecht ohne Gestaltungsspielräume

Schon heute sind Kommunen in Europa gezwungen, Aufträge ab einem gewissen Volumen europaweit auszuschreiben und das günstigte Angebot anzunehmen. Sie riskieren Schadensersatzklagen, wenn sie dabei Fehler machen – etwa, wenn sie eine Firma wegen besserer Qualität oder höheren sozialen und ökologischen Standards bevorzugen wollen, dies aber nicht in der Ausschreibung stand oder stehen durfte. TTIP und CETA bringen hier zusätzliche Risiken für die Kommunen. Welche Klagemöglichkeiten sich daraus in Zukunft für Firmen aus Kanada und den USA ergeben, ist noch nicht absehbar.

### Kommunale Demokratie in Gefahr

Zentrale Fragen der kommunalen Selbstverwaltung werden der demokratischen Willensbildung auf kommunaler, bundesstaatlicher und EU-Ebene faktisch entzogen. Unsere gewählten Parlamente haben immer weniger Chancen, Entscheidungen zu korrigieren. Zum Beispiel bleiben die Investitionsregeln auch nach einer Kündigung des Abkommens noch 20 Jahre gültig.

**TTIP IN DEN GEMEINDERAT BRINGEN!**

Bisher sind die kommunalen Spitzenverbände weder an den Verhandlungen beteiligt noch werden sie ausreichend über die verhandelten Maßnahmen informiert. Der Deutsche Städtetag hat daher eine Resolution verabschiedet, in der er mehr Transparenz und Beteiligung fordert.

**Stoßen Sie eine Debatte zu TTIP in Ihrem Gemeinderat an!**

Europaweit haben sich bereits hunderte Gemeinden für „TTIP-frei“ erklärt. Bringen Sie Ihre Gemeinde dazu, das auch zu tun! Eine Musterresolution und ein Musteranschreiben finden Sie hier: www.mehr-demokratie.de/ttip_in_gemeinderat_bringen.html

**MEHR INFORMATIONEN UNTER**

www.mehr-demokratie.de/stopttip.html

**„TTIP vor Ort“ (Thomas Fritz):**

www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/TTIP-Studie_komplett.pdf

**Studie der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft:**

www.aoew.de/media/Themen/Europa/AoeW-Position_CETA-Auswertung_27-04-2016.pdf

**Kampagne „10.000 Kommunen TTIP-frei“ von attac:**

www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/aktionen/ttip-in-kommunen